



Aktionsbündnis: Unser Wasser – unsere Landschaft

Presseinfo

23.01.2025

Zur Gründung des Aktionsbündnisses „Unser Wasser – unsere Landschaft“ luden die Naturschutzvereine aus Monheim und Langenfeld (NABU und BUND) die Parteien Langenfelds und die Oppositionsparteien Monheims am 22.1.2025 ein.

Der Grund für das Aktionsbündnis:

Bayer04 plant auf Monheimer Stadtgebiet gegenüber von Schloss Laach ein großes Trainingszentrum. Diese Fläche liegt im unmittelbaren Einzugsbereich des gemeinsamen Wasserwerks das Langenfeld und Monheim mit Trinkwasser versorgt.

Um dieses Anliegen durchzudrücken hatte Bürgermeister Daniel Zimmermann mit den Stimmen der Mehrheitspartei Peto im Dezember die Zusammenarbeit des Verbandswasserwerk Langenfeld / Monheim gekündigt. Vor diesem gravierenden Hintergrund fanden Vertreter aller eingeladenen Parteien den Weg ins Bürgerhaus in Baumberg. Mit 22 Personen war der Raum mehr als gefüllt.

Die Naturschutzverbände hatten im Vorfeld ein Thesenpapier verschickt, aus dem die Versammlung im Laufe der Zusammenkunft die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte zusammenstellte. Zunächst gilt es in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Dazu wird das Aktionsbündnis die Informationen im Internet zur Verfügung stellen, so dass sich die Bewohner beider Städte aktuell informieren können.

Darüber hinaus sollen mit dem Aktionsbündnis die Kräfte gegen das Projekt gebündelt und politischer Druck aufgebaut werden.

Das Aktionsbündnis fand bei allen eingeladenen Parteien großen Anklang.

Eine Webseite wird gerade eingerichtet. Sobald diese besteht, haben sämtliche Parteien und darüber hinaus Vereine, Organisationen, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen, die Möglichkeit, sich auch formell dem Aktionsbündnis anzuschließen.

Sprecher des Bündnisses sind Dr. Ludwig Wenzel (BUND Langenfeld) und Jörg Baade (NABU Monheim).

Die Folgen für Wasser und Natur sind nicht absehbar. Das haben die Naturschutzverbände zum Anlass genommen am 19.12.2024 die Rechtmäßigkeit dieses Ratsbeschlusses von der Kommunalaufsicht überprüfen zu lassen – bisher ohne Antwort.

Weiterhin haben die politischen Vertreter darauf hingewiesen, dass auch die Kosten nicht geklärt sind und vermutlich in den zweistelligen Millionenbereich gehen werden.

Siehe auch Anlage: Grundtext Aktionsbündnis 21.1.2025

